

## **Kostenloses Jobticket auch 2025**

Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die Stadt Stuttgart die geplante Preiserhöhung des Deutschlandtickets von derzeit 49 auf 58 Euro vollständig für ihre rund 13.800 Angestellten in der Kernverwaltung sowie die rund 6.500 Beschäftigten des städtischen Klinikums übernimmt. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von etwa zwei Millionen Euro sollen nach unserem Wunsch vollständig von der Stadt getragen werden.

Mit dieser Maßnahme setzt die Stadt ein starkes Signal, um sich als attraktive Arbeitgeberin zu positionieren. Die steuerfreie Bereitstellung eines kostenfreien Deutschlandtickets erhöht die Attraktivität der Landeshauptstadt für die Personalgewinnung, stärkt die Personalbindung und leistet einen positiven Beitrag zum Klimaschutz. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit unterstreicht die Stadt damit, dass sie krisenfeste und arbeitnehmerfreundliche Arbeitsplätze anbietet.

Des Weiteren möchten wir die Vorstände und Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsunternehmen bitten, die Einführung eines gleichwertigen Angebots für ihre Mitarbeitenden zu prüfen. Entsprechende Mehrkosten könnten über das Unternehmensergebnis in den jeweiligen Wirtschaftsplänen finanziert werden, um auch dort diese mitarbeiterorientierte und klimafreundliche Maßnahme zu fördern.

Das vollständig arbeitgeberfinanzierte ÖPNV-Ticket, das auf eine Initiative unseres Oberbürgermeisters Dr. Nopper zurückgeht, ist seit seiner Einführung am 1. Mai 2023 ein voller Erfolg. Der Gemeinderat hatte im Januar 2023 den Verwaltungsvorschlag mit einem Budget von 8,8 Millionen Euro pro Jahr einstimmig verabschiedet und damals bereits angekündigt, Preissteigerungen abzufedern, um das Ticket für die Angestellten weiterhin kostenfrei zu gestalten.

Als CDU-Fraktion bekräftigen wir unsere Unterstützung für dieses Vorhaben und drängen auf einen zeitnahen Beschluss, damit die städtischen Beschäftigten weiterhin eine vollständige Übernahme des Deutschlandtickets gewährt bekommen. Darüber hinaus fordern wir, dass die Verwaltung für den Doppelhaushalt 2026/2027 die Übernahme der Kosten für ein vollständig arbeitgeberfinanziertes Jobticket einplant. Dies gilt aber selbstverständlich nur unter der Prämisse, dass der Bund und die Länder an dem Modell des Deutschlandtickets festhalten.